

Allgemeine Buchbesprechungen = Comptes rendus généraux

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **28 (2021)**

Heft 2: **Auf den Spuren des Nutztiers = Sur les traces des animaux de rente**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Allgemeine Buchbesprechungen

Comptes rendus généraux

Laurence Marti **L'émergence du monde ouvrier en Suisse au XIX^e siècle**

Neuchâtel, Alphil, 2019, 146 S., Fr. 19.–

Das 19. Jahrhundert nimmt in der Schweizer Historiografie auch heute noch häufig die Rolle der Gegenerzählung zur mittelalterlichen Gründung der Eidgenossenschaft ein; die Fabrik mit dem rauchenden Schlot stellt das Gegenbild zum Rütli-schwur dar. Visionäre Planer und Finanziere wie der Zürcher Eisenbahnbaron Alfred Escher oder pionierhafte Fabrikanten wie Carl Franz Bally in Schönenwerd werden zu Gründungsvätern der modernen Schweiz stilisiert. Die Sozialgeschichte ab den 1970er-Jahren rückte als Korrektiv dieser Geschichtserzählung «von oben» die Abertausenden namenlosen ArbeiterInnen als SchafferInnen des bis heute andauernden Schweizer Wohlstandes der Schweiz in den Fokus. Die Arbeiterschaft erschien dabei als Unterschicht, die in den Fabriken im Rhythmus der Maschinen und nach dem Diktat der Fabrikreglemente einer monotonen Arbeit nachging, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen – dennoch habe diese dem Elend nicht entkommen können. Proletarisches Bewusstsein, Internationalismus und Streiks seien demnach eine Reaktion auf die Folgen krasser ökonomischer und sozialer Gegensätze im kapitalistischen 19. Jahrhundert gewesen.

Die Sozial- und Wirtschaftshistorikerin Laurence Marti malt uns in ihrem Ende 2019 auf Französisch erschienenen Buch ein anderes, differenzierteres Bild des 19. Jahrhunderts. Als Soziologin und Historikerin verbindet Marti dabei die Blick-

winkel beider Wissenschaften. Sie hinterfragt die gängigen Vorstellungen, bei denen häufig zu schablonenhaft argumentiert werde und Hang zur Mythenbildung bestehe. So attestiert sie auch dem durch die linke Geschichtsschreibung vermittelten Bild des in Armut, Ausbeutung und Elend gefangenen und im Prozess der proletarischen Erweckung stehenden Arbeiters ein stark reduktionistisches Element. Diese Vorstellung der Arbeitswelt entspringe mehr einer künstlerischen und ideologischen Konstruktion, als der historischen Realität (1).

Marti hinterfragt auch den oft betonten Zäsurcharakter des 19. Jahrhunderts, wonach durch etliche neuartige Erscheinungen und Prozesse die Gesellschaft grundlegend umgewälzt worden sei. Gemäss Marti brachte das 19. Jahrhundert zwar neue Arbeitsformen, Berufe und Diskurse mit sich, jedoch waren diese nicht alle so revolutionär, wie sie häufig eingestuft würden. Gleich zu Beginn des ersten Kapitels stellt Marti die Stossrichtung ihres Ansatzes klar: Die Schweiz habe im 19. Jahrhundert keine eigentliche industrielle Revolution erlebt (12).

Ihr Gegenargument: All die angeblich neuartigen Erscheinungen müssten in längerfristigen Prozessen betrachtet werden. Marti plädiert dafür, wie bereits andere ForscherInnen vor ihr, eher von «gradueller Evolution» zu sprechen. Sie verneint dennoch nicht, dass zwischen der Französischen Revolution und dem Ende des 19. Jahrhunderts die Gesellschaft in qualitativer und in quantitativer Weise Veränderungen durchlaufen habe. In der Summe all der Veränderung erscheint auch in ihrem Buch die Schwei-

zer Arbeitswelt um 1880 (chronologischer Markstein in der Erzählung von Marti) als eine ganz andere als noch im Ancien Régime. Die Arbeiterschaft habe an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen und sei um 1880 daran gewesen, den Bauernstand quantitativ zu überholen. Marti umschreibt diesen demografischen und diskursiven Prozess, im Gegensatz zur Sozialgeschichte der 1970er-Jahre, jedoch nicht als Proletarisierung der Gesellschaft, sondern als «ouvriérisation» (17), ein Begriff, den man leider nicht direkt ins Deutsche übertragen kann.

Martis Ansatz ist ein Wagnis in verschiedener Hinsicht, dessen sich die Autorin sehr bewusst ist. Sie legt ein Synthesebuch von gerade mal knapp 150 Seiten mit neuartigen Ansätzen für eine komplexe Thematik vor. Dabei behandelt sie im Gegensatz zu anderen Übersichtswerken einen langen Zeitraum und die ganze heutige Schweiz. Dabei musste sie etliche Hindernisse überwinden wie ein dürftiger Forschungsstand, auf etliche lokale Archive verstreutes Archivmaterial, fehlende vergleichbare statistische Auswertungen, die spärliche Existenz von Primärquellen aus der Sicht der ArbeiterInnen und nicht zu vernachlässigen, die sprachlichen Barrieren. Dies ist wahrhaft ein nicht einfaches Unterfangen, aber der Autorin gelingt es, die Herausforderung zu meistern. Natürlich wünscht man sich in den Kapiteln mehr Vertiefungen und weitere Argumente. Doch eine solche Funktion kann ein Übersichtswerk in diesem Umfang naturgemäss nicht bieten. Auch nach Quellenbelegen und Fussnoten sucht man vergebens. Die Reihe *Collection Focus*, in der das Buch erschien, verzichtet auf einen Fussnotenapparat. Am Ende jedes Kapitels finden sich jedoch wertvolle Literaturhinweise.

Das Buch von Marti bietet viele Denkanstösse, um unser Bild der Wirtschaftsgeschichte und der Arbeiterbewegung der

Schweiz zu hinterfragen. Nach der Lektüre ist einem klar, dass dieses genauso mythendurchtränkt ist und vom politischen Standpunkt des Betrachters abhängt, wie die Geschichte der alten Eidgenossenschaft. Exemplarisch lässt sich dies am ikonografischen Kapitel mit verschiedenen Abbildungen (Malerei und Fotografie der Arbeit) besonders deutlich herauslesen (56–65). Auf diesen wenigen Seiten führt Marti vor, welches Potenzial die Auswertung von Bildquellen haben könnte beziehungsweise dass die Arbeitsforschung in der Schweiz noch auf den Iconic Turn wartet. Gleiches gilt es zur geschlechtergeschichtlichen Perspektive zu sagen, die in Martis Buch omnipräsent ist. Die Autorin geht in allen Kapiteln auf die Rolle der Frauen ein, sachlich und nüchtern, ohne eine normative Position einzunehmen. Dabei zeigt sie auf, welches Forschungspotenzial in der Analysekategorie Geschlecht liegt.

Nach der Lektüre des Buches hat man viele neue Denkanstösse erhalten und möchte am liebsten Archive aufsuchen und sich in die Quellen stürzen, denn allzu schnell will man das eigene Bild des 19. Jahrhunderts nicht über Bord werfen. Lassen sich gewisse damalige Ereignisse tatsächlich nicht als revolutionär bezeichnen? Verdichteten sich nicht im Zuge der Globalisierung und der aufkommenden internationalen Arbeiterbewegung Prozesse und Diskurse, die ihrerseits die Perspektiven und Ansprüche der Unterschicht veränderten? Wahrscheinlich käme man auch nach weiteren Quellenrecherchen zum Schluss, dass einzelne Momente des 19. Jahrhunderts lokal und individuell zwar als revolutionär wahrgenommen wurden, dass sich diese jedoch aus der zeitlichen Distanz auch in der von Marti vertretenen *longue durée* einschreiben lassen. Zum Schluss lässt sich festhalten: Wenn die Schweiz im 19. Jahrhundert keine bruchartige industrielle Revolution

vollzog, so doch eine stille Revolution. Jedenfalls war 1880 das Terrain geebnet für einen grossen Schritt in Richtung juristischer und sozialer Absicherung der Arbeit (Obligationenrecht von 1881 sowie Krankenkasse und Unfallversicherung 1911). Es versteht sich von selbst, dass Martis Ansätze nicht alle neu sind und zum Teil auf vorangehenden Studien aufbauen. Ihr Verdienst ist es jedoch, der etwas ausser Mode geratenen Forschung zu den sozialen Bedingungen der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert neues Leben einzuhauhen und sie mit neuen historiografischen Ansätzen, wie zum Beispiel der Bildanalyse, zu verknüpfen. Dem flüssig geschriebenen Buch ist somit nicht nur eine breite Leserschaft zu wünschen, sondern auch eine jenseits des Röstigrabens. Um die Forschungsdebatte in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Arbeit im 19. Jahrhundert auf nationaler Ebene weiterzubringen, wäre eine baldige Übersetzung ins Deutsche ein wichtiger Schritt. Aber auch der Leserschaft, die sich vor allem für zeitgenössische Veränderungen in der Arbeitswelt interessiert, sei dieses Buch wärmstens empfohlen. Marti betont eingangs plausibel, dass es zur Ironie der Geschichte zu gehören scheint, dass sich die im 19. Jahrhundert in den Fokus gerückten IndustriearbeiterInnen heute gleich wie in vorangehenden Epochen wieder gesellschaftlich marginalisiert finden. Dies liege einerseits am ökonomischen Aufstieg der Arbeiterschaft in den Mittelstand, der ausländischen Arbeitsmigration und der Verlagerung der Arbeit in den dritten Sektor im Kontext der Deindustrialisierung der Schweiz. Andererseits bestünden mehr Parallelen zwischen der Industriearbeiterin des 19. Jahrhunderts in der Schuhfabrik von Bally und dem Informatiker bei Google in Zürich, als man zunächst vermuten würde. Gerade für die ArbeitnehmerInnen im dritten Sektor, einem Bereich der seit Jahrzehnten

schleichend, aber grundlegend durch Digitalisierung und Deregulierung verändert wird, kann der Blick auf die ArbeiterInnen des 19. Jahrhunderts erhellend sein. Letztere machten laut Marti als erste die Erfahrung der Liberalisierung der Arbeit nach der Auflösung der Korporationen des Ancien Régimes und waren als erste dem Konzept des Stundenlohns, der Mechanisierung ihrer Arbeit sowie der Globalisierung des Marktes ihrer Arbeit ausgesetzt.

Florian Eitel (Biel/Bienne)

François Jarrige, Alexis Vrignon (éd.)
Face à la puissance
Une histoire des énergies
alternatives à l'âge industriel

Paris, La Découverte, 2020, 397 p., € 25,-

Issu d'une rencontre organisée en mars 2018, le présent ouvrage propose une histoire des énergies dites alternatives dès la seconde moitié du XVIII^e siècle. Dans leur introduction, François Jarrige et Alexis Vrignon partent d'un constat: malgré les promesses, les énergies «renouvelables» restent aujourd'hui marginales. L'ampleur de la dépendance aux énergies fossiles semble immuable et les changements en matière de politique énergétique sont extrêmement lents malgré les alertes des scientifiques. Dans ce débat fondamental pour l'avenir de l'humanité, la recherche historique a un rôle à jouer, avancent les auteurs. Donner la part belle aux «possibles non advenus» (7) est un projet à la fois scientifique et militant. Les auteurs de *Face à la puissance* refusent une lecture linéaire de l'histoire comme une «succession d'innovations» vers le «progrès». Loin de proposer une histoire des énergies qui ne se sont pas imposées, ce remarquable ouvrage offre, en creux, une analyse approfondie de l'histoire des choix des sociétés humaines

en matière d'énergie. Il ne s'agit pas tant d'une histoire des techniques – quoiqu'il en est évidemment question au fil des cas d'étude – qu'une histoire générale, politique, culturelle et sociale des énergies. La question qui traverse ce livre et ses quelque 18 contributions est de se demander pourquoi les énergies autres que fossiles sont souvent restées marginales, expérimentales ou relayées au rang d'idées excentriques. Il s'agit également d'interroger leur signification souvent ambivalente entre résistance «face à la puissance» (et ses dangers) et absorption par les autorités politiques et l'industrie dans une logique la plupart du temps productiviste ou, parfois, avec l'objectif de les faire demeurer dans la marge.

Ce livre s'inscrit dans la ligne historiographique tracée notamment par les recherches de Timothy Mitchell (*Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil*, 2011) et l'ouvrage devenu manifeste pour une génération de chercheurs et de chercheuses en histoire environnementale: *L'événement anthropocène* de Bonneuil et Fressoz (2016 [2013]) qui ont d'ailleurs tous deux contribué au présent ouvrage. D'une rare cohérence pour un ouvrage collectif, sa structure en quatre parties chronologiques et thématiques est très réfléchie. L'introduction générale et les introductions de chaque partie proposent un panorama de la période abordée et donnent au livre la forme d'un manuel aisément consultable. Même si la plupart des études ont comme sujets de recherche des cas français, ces introductions ont une visée plus large et permettent justement de situer les cas d'étude dans une histoire globale de l'énergie alternative. Il s'agit là d'une notion problématique, une énergie étant toujours l'alternative d'une autre énergie. Ainsi, le pétrole a pu être présenté comme une alternative au charbon, le nucléaire comme une alternative au pétrole. Aujourd'hui, le «verdissement

généralisé du langage» (15) porte aussi à confusion. En interrogeant l'histoire des énergies autres que fossiles, les auteurs visent à «réintroduire de la pluralité dans les récits triomphalistes» à travers les «débats et expérimentations» (18) qui accompagnent les actions humaines en matière d'énergie.

La première partie, *Généalogie de la puissance, incertitudes et doutes (1750–1860)*, revisite l'histoire des énergies «oubliées», des tordoirs, ces moulins à vent utilisés pour la production d'huile, à la sidérurgie au bois en passant par la traction animale et l'avènement de la bougie. Une plongée passionnante dans une supposée désuétude, avec en arrière-plan les raisons et les conséquences du «choix du feu». Cette expression du sociologue Alain Gras, auteur de la postface, désigne l'option décisive prise par les humains: le choix des énergies fossiles.

La deuxième partie, *Trajectoires fossiles en débat et «énergies naturelles» (1860–1918)*, porte sur une période «entre deux» lorsque, comme le résume Alain Gras dans sa postface, «rien n'était encore vraiment joué» (383). Les études de cas décrivent cette fois les succès et les échecs d'énergies non fossiles mais pas toujours pour autant écologiques: le chauffage à la tourbe, l'utilisation de l'hydraulique en Suisse et dans le sud-est de la France. Pour finir, Camille Molles propose une plongée très intéressante dans l'histoire méconnue du carburant à alcool en France, une histoire liée en partie aux mouvements antialcooliques, l'idée étant de favoriser la production d'alcool industriel pour réduire la part de l'alcool à bouche.

La troisième partie, *Marginaliser les énergies alternatives et renouvelables à l'ère de la grande accélération (1918–1973)*, s'attaque à l'époque qui a véritablement façonné les systèmes énergétiques contribuant à la grave crise climatique à la-

quelle nous devons aujourd'hui faire face. Les auteurs mettent en évidence le rôle fondamental des guerres dans le choix du pétrole, puis du nucléaire. Cette période a défini les normes et les valeurs de ce qui est une bonne source d'énergie dans une logique productiviste: selon cette vision, elle devrait être abondante, bon marché, régulière. Les études de cas mettent en avant des énergies qui n'entrent pas dans cette logique: du solaire aux piles à combustibles en passant par le Mur Trombe, une méthode de chauffage fonctionnant à l'énergie solaire, et l'option souvent abandonnée de la géothermie. Une contribution d'Antoine Missemmer offre une ouverture sur l'histoire des idées en restituant les débats théoriques sur la notion d'énergie qui n'est pas à répartir en deux groupes: renouvelable, non renouvelable. Même si des flous demeurent, on distingue trois catégories: énergie issue de ressources épuisables dans l'absolu (exemple du pétrole); partiellement épuisables (bois); et renouvelable (vent). La dernière partie, Les énergies renouvelables et alternatives à l'heure des crises globales, si elle n'est pas définie par les dates, est très fortement liée à une césure: 1973 et la crise pétrolière, menant à la fois à d'ambitieux programmes de soutien à des énergies vertes, ou considérées comme telles, et une orientation décisive pour le nucléaire – qui a d'ailleurs souvent été présenté comme écologique. Ces énergies vont de la biomasse (le «pétrole vert») au solaire en passant par le retour de l'utilisation du vent pour la navigation. Cette dernière contribution amène d'ailleurs une lueur d'espoir. Il ne réside pas dans la sacro-sainte innovation technique qui, selon des discours actuellement très audibles, représenterait la seule issue possible au réchauffement climatique, mais dans l'adaptation de techniques ancestrales 100% vertes n'adhérant plus à une logique productiviste.

Sans entrer dans le détail de chaque contribution, nous souhaitons dégager trois principaux axes de réflexion qui participent, selon nous, à l'intérêt de cet excellent livre.

D'abord, les persistances et supposés archaïsmes font tomber pas mal d'idées reçues. Les auteurs nous emmènent ainsi dans ce qu'Alain Gras appelle les «coulisses de l'anthropocène» (382). L'exemple de la longévité des tordoirs, ces moulins à vents à huile ou encore de l'utilisation des manèges animaux montre que les tournants énergétiques (par exemple l'arrivée de la vapeur) ne sont pas si évidents ni indiscutables que cela. Les mix énergétiques, c'est-à-dire les systèmes hybrides représentent une solution technique plus courante qu'on ne le croit. Les innovations ne sont pas toujours là où on les attend: la bougie, aujourd'hui «emblème de la désuétude» comme le dit Fressoz, a représenté une technique révolutionnaire. Par ailleurs, des énergies qu'on qualifie de nouvelles, comme le solaire et l'éolien, sont souvent des techniques qui ont été simplement abandonnées par le passé, «face à la puissance» et à la concurrence, faute de solutions techniques, mais le plus souvent – et c'est ce que montre le livre – faute de financement et de soutien politique.

Les doutes et les résistances légitimes face à l'émergence et au développement des énergies fossiles représentent un autre enjeu transversal à l'ouvrage. Avec une intensité variable mais à toutes les époques, on craint l'épuisement, les pénuries, les conséquences écologiques, économiques, sociales, sanitaires du «choix du feu». Dans ce processus, le rôle ambigu des crises est très finement traité, celles-ci favorisent parfois le développement d'énergies vertes (le cas du Danemark qui a massivement favorisé l'éolien pour pallier le risque de pénurie est souvent cité) mais peuvent aussi mener à

des choix aux conséquences dramatiques. La césure de 1973 est particulièrement éloquente: elle a à la fois offert de grands espoirs aux militantes et aux militants écologistes, mais a concrètement surtout donné des ailes au lobby nucléaire. Corollaire aux doutes et aux résistances, certains auteurs proposent une place historique à la déception ou aux espoirs pour réorienter les politiques énergétiques enterrées face à la Realpolitik. L'article de Renaud Bécot sur l'Agence française pour la maîtrise de l'énergie met bien en évidence le processus d'absorption des préoccupations écologiques par les gouvernements, la captation et la domestication des critiques ici antinucléaires. Le binôme démocratie-énergie est thématiqué, il mériterait d'être encore plus exploré dans des recherches futures.

Les facteurs d'apparition et de disparition de telle ou telle énergie sont au cœur de ce livre. Ces phénomènes sont souvent plus lents qu'on ne l'imagine et sont à replacer dans des contextes économique, social et politique. Ça et là, l'enjeu colonial est également traité. Plusieurs articles (principalement Anaël Marrec et Pierre Teissier évoquant l'éolien en Algérie et les soutiens au solaire dans le Sud et la contribution de Paul Bouet sur Félix Trombe dont les premiers projets d'énergie solaire se cantonnaient au Sahara) montrent que les terres colonisées ont souvent été terrains d'expérimentation en matière d'énergie, non sans créer une certaine hiérarchisation: aux pays pauvres, les énergies balbutiantes et peu productives, au nord, l'efficacité à tout prix.

En fait, il y a surtout des réapparitions, des adaptations et des mutations selon des intérêts précis, et sous l'action d'acteurs qui ont intérêt à ce que rien ne change. Les principales accusées sont les entreprises nationales comme EDF qui ont joué un rôle certain dans la marginalisation de certaines énergies rangées au rang d'«u-

topies». On remarquera au passage la conclusion intéressante de Sophie Pehlivanian. S'appuyant sur des récits de fiction, elle montre qu'associer utopie et énergie propre n'est pas sans créer un frein mental à l'accueil de ces énergies comme réelle alternative. L'autrice cite le savoureux *Roman d'un rayon de soleil* de Mallat de Bassilan qui décrivait dans les années 1880 une colonie fantasmée entièrement autonome sur l'île de Porquerolles, accueillant un train à air comprimé, une économie fondée sur la production de vin et de fleurs, des cuisinières solaires individuelles et où chaque nom de rue rend hommage au soleil. Cet exemple thématise une autre dynamique abordée par plusieurs auteurs: le potentiel subversif des sociétés autonomes et décentralisées en matière d'énergie et l'intérêt de le cantonner aux marges.

Si on peut parfois interroger la prise en compte délicate de l'électricité dans l'ouvrage – objet de recherche qui semble avoir posé problème aux auteurs, celle-ci n'était pas à proprement parler une énergie mais un moyen de la transporter – l'ouvrage est d'une exemplaire cohérence. Extrêmement utiles et claires, les introductions à chaque partie constituent le véritable point fort de cet ouvrage. Souvent microhistoriques, les contributions stimulantes, courtes et digests sont la plupart du temps accompagnées d'une conclusion permettant une montée en généralisation souvent tournée vers le présent. Militants entre les lignes, animés parfois d'une certaine tendresse mélancolique ou nostalgique pour les projets abandonnés, ces textes ne tombent pas pour autant ni dans l'idéalisation béate, ni dans le jugement a posteriori, mais reconstruisent avec finesse les choix politiques qui ont façonné la société que nous connaissons aujourd'hui.

Tiphaine Robert (Fribourg)

Josef Lang

Demokratie in der Schweiz Geschichte und Gegenwart

2., korrigierte und ergänzte Auflage. Baden, Hier und Jetzt, 2020, 336 S., Fr. 39.–

Josef Lang präsentiert sein Buch als «Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Demokratie in der Schweiz» (13). Dies ist ein hoher Anspruch, insbesondere indem seine Erzählung nicht strikt die institutionelle und strukturelle Verfasstheit der Demokratie und deren Veränderung zum Gegenstand hat, sondern diese meist implizit thematisiert und dabei eigentlich eine Geschichte der politischen Entwicklung, ihrer Akteure und des Kampfes um die Macht vorlegt. Um diese politische Erzählung auf die Entwicklung der Demokratie als politisches System beziehen zu können, wäre ein stetiger Rückbezug des jeweiligen historischen Geschehens auf demokratietheoretische Konzepte notwendig gewesen. Dies geschieht aber zu selten und zu unsystematisch. Die Lektüre dieses Textes zwischen der Verfolgung der historischen Auseinandersetzung um wichtige Elemente einer idealen Demokratie (zum Beispiel von Bürgerrechten versus Menschenrechten) und der inhaltlich-faktisch voraussetzungsreichen Darstellung politischer Entwicklungen ist deshalb häufig verwirrend. Er kann das Potenzial seiner Thematik nicht entfalten. In zehn Kapiteln gliedert Lang seine Erzählung. Er setzt ein mit den Widersprüchlichkeiten des starken Ausbaus von Volksrechten in den 1860er-/70er-Jahren, der mit einem deutlich ambivalenten Verhältnis zu den Bürgerrechten (Frauen, Juden) erfolgte. Danach beginnt er seinen chronologischen Durchgang mit den Rechtskörpern des Ancien Régimes, kirchliche oder Landsgemeinden, die partizipativ und ausgrenzend zugleich waren. In den drei folgenden Kapiteln zeigt er den Kampf um Volksrechte im 19. Jahr-

hundert auf, oft vorerst in einzelnen Kantonen und schliesslich in der jungen Eidgenossenschaft. Das Jahrhundert zwischen den Siebzigerjahren des 19. und des 20. Jahrhunderts stellt er als Zeitraum dar, in welchem ehemals bürgerliche emanzipative Bewegungen von Citoyens zunehmend aggressiv und im Bündnis mit Konservativen (die er eng an den Katholizismus gebunden sieht) Besitzstände wahren und die Arbeiterbewegung, die Bewegungen für eine nicht nur in Bezug auf den Handel weltoffenere Sicht der Schweiz und die Frauenbewegungen abzuwehren suchen. Den «Aufstand gegen die <Diktatur der Patrioten>» setzt er in den 1970er-Jahren an und betont die Kraft der Kämpfe um die Rechte der Frauen und gegen die Dominanz des Militärischen in Gesellschaft und Staat. Gemäss Lang werden die politischen Kämpfe und Auseinandersetzung durchzogen von Antagonismen: demokratische Mitsprache zwischen «Gleichen» versus (gleichzeitige) Ausgrenzung von «Anderen»; das Verständnis des «Volkes» und des Staats als Organismus (hier sieht er als wesentliche Kraft die katholische Kirche) versus die Vorstellung, dass Gesellschaft von autonomen Individuen bestimmt ist, die sich im Rahmen demokratischer Regeln verständigen. Seine Geschichte der Demokratie gerät aber gegenüber der politischen Geschichte meist in den Hintergrund und zentrale Perspektiven verlieren sich in politischen Abläufen und personellen Entwicklungen. Seine Ausführungen enden 2020 mit der neu erstarkten Frauenbewegung und der Klimajugend, bevor Lang mit einem politischen Blick in die Zukunft der Demokratie in der Schweiz das Credo der Einleitung wieder aufnimmt. Dass manchmal die Titelgebungen eher effekt-hascherisch als sachlogisch begründet sind, zeigt der Haupttitel des ersten Kapitels: «Der grosse Sprung nach vorn». Der demokratische Ausbau des Bundesstaates

verbirgt sich hinter der landläufigen deutschen Übersetzung der Losung Maos für die forcierte Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der Fünfzigerjahre. Derartige schiefe Setzungen dienen der Verständlichkeit von Langs Aussagen nicht.

In seiner Einleitung legt Lang Prämissen für seine Darstellung der Demokratie des 18. bis beginnenden 21. Jahrhunderts dar. Unter «Vier Demokratiefragen» (12 f.) formuliert er vorerst ein Credo, das so interessant wie kritisierbar ist. Als Erstes postuliert er, die repräsentative Demokratie habe ausgedient. Sachentscheidungen seien auch Angelegenheit des Souveräns. Dem werden wohl wenige widersprechen. Nur: Welche Relevanz hat diese auf die Gegenwart hin formulierte Aussage für eine Schweiz, wo der Souverän wie kaum in einem anderen politischen System die Mitsprache bei Sachentscheidungen früh und relativ umfassend erkämpft hat, im Rahmen einer historischen Darstellung? Gleichzeitig räumt der Autor als Zweites ein, dass die direkte Demokratie es allerdings zulasse, dass Entscheide Menschenrechte verletzen können. Auch dem wird man zwar zustimmen, aber gleichzeitig anfügen müssen, dass zum einen kein System Menschenrechte jederzeit in ihrer Gesamtheit schützt, da diese sich in der politischen Realität auch immer wieder gegenseitig einschränken. Dass sich aber zum anderen, wie er fortfährt, der Souverän in seiner Exklusivität immer wieder selbst bestätigt hat – sei es bei der Frage der Teilung der Macht mit den Frauen, sei es bei der bürgerrechtlichen Gleichstellung von Bevölkerungsteilen, die mit fremdem Pass im Land geboren sind und leben –, ist allerdings von der direkten Demokratie stark begünstigt worden. Die Bewahrung der Exklusivität erfolgt zudem umso mehr in Regionen und Milieus, wo die korporatistische Vorstellung des Staates stark verwurzelt ist, wie Lang

im Verlauf seiner Ausführungen immer wieder schön zeigt. Die Ausschlusstendenzen und der Kampf dagegen – von der Frauenbewegung wie von Verfechter*innen von Bürgerrechten für Ausgeschlossene – sind denn auch ein Thema, das in vielen Kapiteln in der Darstellung der historischen Entwicklung gezeigt wird.

Die dritte Prämisse, die Lang als «Annahme» bezeichnet, kritisiert, dass der Einfluss ausserdemokratischer Mächte gewichtigen Einfluss auf die Demokratie nehme. Langs Kritik an dieser Rahmenbedingung von Demokratie, ob einer direkten oder repräsentativen, taugt als Analysekriterium wenig. Demokratie ist und kann gegenüber Gesellschaft nicht immun sein, vielmehr ist sie die Bühne der politischen Aushandlung gesellschaftlich relevanter Fragen. Dass dagegen Strukturen im Verlauf der Geschichte kritisiert werden könnten, die die Ungleichheit der Interessenvertretung begünstigen, ist dabei ein anderer Punkt.

In einem vierten Punkt kritisiert der Autor die Übermacht von Exekutive und Staatsapparat. Seine Aussage kommt als Feststellung einer feststehenden Grösse daher. In dieser Zeitlosigkeit ist die Formulierung jedoch kaum berechtigt; sie müsste historisiert werden. Er vollzieht diese Historisierung beispielhaft im Kapitel über das Vollmachtenregime, in vielen anderen Kapiteln wird sie aber nicht zum Thema, obschon dort möglicherweise das Gewicht des Parlaments viel deutlicher ins Zentrum gerückt werden könnte und müsste. Weitere einleitende Themen (13–19) sind mit einer Ausnahme als in Gegensätzen aufgespannten Begriffspaaren genannt: «Organismus und Mechanismus», «Korporatismus und Republikanismus», ««CH-Cement» und soziale Bewegungen», «Konsens und Dissens» und «Volksrechte und Bürgerrechte» leiten den Autor bei seiner historischen Darstellung. Zweifellos können in ihnen wichtige Fixpunkte

einer demokratiegeschichtlichen Darstellung ausgemacht werden. Aber auch hier müssten seine Ausführungen detailliert diskutiert werden. Dies soll das folgende Beispiel illustrieren: In sozialen Bewegungen sieht Lang zentrale historische Akteure, die die Ausweitung demokratischer Partizipationsrechte erzwingen. Dabei nimmt er eine Abgrenzung der sozialen Bewegungen von Mobilisierungen für mehr Volksrechte vor, welche «nicht die Ermächtigung des Eigenen, sondern die Ausgrenzung des Anderen» anstreben (17). Damit gelingt ihm eine Abgrenzung des zeitgenössischen Nationalkonservatismus, indem er Demokratie in der Verbindung von kollektiver Souveränität und individuellen Menschenrechten sieht. Aber, wie ist dann die soziale Bewegung des Liberalismus einzuordnen, der die Freiheitsrechte in expliziter Abgrenzung von Frauen gefordert und verfolgt hat? Hier, wie an anderen Stellen zeigt sich, dass Langs Erörterungen und Erzählungen immer wieder unscharf werden, weil er einer Geschichtserzählung folgt, die die demokratischen von den nicht demokratischen Akteuren, Institutionen, Entwicklungen eindeutig unterscheiden will. Historische Erzählung funktioniert aber nur mit einem differenzierten, mehrperspektivischen Blick.

Erschwerend kommt zweierlei hinzu: Zum einen wählt Lang, wie er schreibt, einen «Mittelweg» zwischen Verweisen auf Literatur und Verweigerung des «Fussnotenkults» (20). Damit kann zwischen unbelegter Behauptung und Abstützung auf Forschungsliteratur nicht unterschieden werden. Zum anderen schwankt er in seiner Darstellung erheblich zwischen summarischen Bewertungen und beinahe anekdotischen Bemerkungen. Dies macht das Buch für Leserinnen und Leser, die mit der Schweizer Geschichte nicht als Historiker*innen vertraut sind, schwer lesbar.

Angesichts transnationaler Geschichtsschreibung und postkolonialer Forschung mutet das Buch ausserdem seltsam traditionell an: Es handelt sich um eine Containergeschichte. Die wenigen Bezüge zu einer Welt ausserhalb des Landes folgen dem Schema von Aussenbeziehungen eines Staates (so etwa bei der Diskussion der Schweiz im Zweiten Weltkrieg). Es ist das Verdienst von Lang, sich einer bislang wenig durchdrungenen, für die Diskussion von Demokratie aber bedeutsamen Thematik zugewendet zu haben. Umso bedauerlicher ist es aber, dass es ihm im historischen Durchgang nicht gelingt, das geschilderte Geschehen konsequent auf seine Analysekonzepte zu beziehen und damit dieser Diskussion zuzuführen.

Béatrice Ziegler (Bern)

Werner Seitz
Auf die Wartebank geschoben
Der Kampf um die politische
Gleichstellung der Frauen in der
Schweiz seit 1900

Zürich, Chronos, 2020. 296 S., Fr. 38.–

Warum hat es in der Schweiz so lange gedauert, bis das Frauenwahlrecht eingeführt wurde? Diese nur scheinbar banale Frage hat die Jubiläumsveranstaltungen im Jahr 2021 dominiert. Sie ist die Frage, die auch die vorliegende Monografie von Werner Seitz leitet, welche sowohl die unzähligen Abstimmungen nachverfolgt als auch die nicht ganz so häufigen Versuche, das Stimmrecht auf anderem als dem Abstimmungsweg einzuführen.

Werner Seitz, Politologe und Historiker, bis 2019 Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik, ist ein ausgezeichnete Kenner der politischen Landschaft der Schweiz. Das zeitliche Spektrum seiner Untersuchung umfasst die Entwicklung vom 19. Jahr-

hundert bis zur Gegenwart. So analysiert Seitz (Teil I, 15–32), vor den direkten Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts in den Kantonen zwischen 1919 und 1970 und den beiden eidgenössischen Abstimmungen 1959 und 1971, die gesellschafts- und geschlechterpolitischen Voraussetzungen dieser schweizerischen Verspätung (Teil II, 33–158). In einem dritten Teil verfolgt er die Entwicklung der «Repräsentation der Frauen» zwischen 1971 und 2019 in den politischen Institutionen (Teil III, 159–200) und im vierten Teil (Teil IV, 201–238) die Bedeutung «gleichstellungspolitisch relevanter» Abstimmungen.

Als Gründe für die Schweizer «Verspätung», wie sie euphemistisch gern bezeichnet wird, nennt Seitz die männerbündlerische politische Kultur, die militärische Ideologie, die historischen Traditionen des Männerwahlrechts, aber auch die in der dualistischen Geschlechterideologie verhafteten traditionellen Frauenverbände. Vom Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverband (SGF) sagt Seitz: «So innovativ der SGF in seinen Aktivitäten war, so traditionell und konservativ war er gesellschaftspolitisch.» (37 f.) Weiterhin habe sich in der Schweiz – anders als in anderen europäischen Staaten – kein «Gelegenheitsfester» (233) geboten, das Stimmrecht in Rahmen einer allgemeinen Verfassungsrevision zu erlangen: Die Revision von 1874 war «zu früh», bei der nächsten Verfassungsrevision, 1999, war die Frage entschieden.

Für den konkreten Verlauf der Abstimmungen (Teil II) war die Einschätzung der politischen Akteure (Juristen, Politiker) entscheidend, dass es zwingend einer Verfassungsänderung und somit einer Volksabstimmung bedürfe, um den Frauen die politischen Rechte zu gewähren: Die älteren Vorstellungen, wie der in den Bundesgerichtsentscheid von 1887 mündende Vorstoss von Emily Kempin

Spyri oder die politischen Versuche etwa in den 1920er- (76 f.; 104, Anm. 120) oder 1950er-Jahren (Antoinette Quinche), unter dem Begriff der Rechtsgleichheit aller «Schweizer» auch die Schweizerinnen zu verstehen, wurden von den Gerichten abgelehnt. Auch Peter von Rotens Versuch, auf eine Verfassungsänderung zugunsten einer Änderung des Wahlgesetzes zu verzichten, hatte keinen Erfolg im Nationalrat (104 f.). Am Primat der Abstimmungen gegenüber den Menschenrechten wollte man nicht rütteln.

Diese Entscheidungen machten die unzähligen Abstimmungen in den Kantonen nötig, in denen dann die stimmberechtigten Männer den Frauen das Stimm- und Wahlrecht versagten. Gerade die Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz, nämlich die Möglichkeiten des Stimmrechts in sachpolitischen Fragen, das Initiativ- und Referendumsrecht, dieser «Mehrwert» der Schweizer Demokratie (32), habe es den Männern, zusätzlich zur verbreiteten konservativen Haltung und Misogynie, erschwert, die politische Macht mit den Frauen zu teilen.

Erst durch die kantonalen Ergebnisse bei der ersten eidgenössischen Abstimmung in der Westschweiz 1959 wurde diese Neinserie unterbrochen (123 f.). In dieser Abstimmung zeigt sich ein «ausgeprägter Sprachengraben von über 20 Prozentpunkten zwischen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Schweiz» (122). Seitz führt in diesem Zusammenhang den im Jubiläumsjahr viel zitierten Ausspruch von Lotti Ruckstuhl (*Frauen sprengen Fesseln*, Bonstetten 1986, 214) an «Die Sonne für das Frauenstimmrecht ging in der Schweiz im Westen auf. Je mehr man nach Osten kam, desto später erschien sie.» (128) An dieser Stelle hätte ich mir eine stärkere Auseinandersetzung mit den Faktoren des Umschwungs in der Westschweiz gewünscht, hatten doch auch die Kantone Neuenburg und Waadt und

selbst der Kanton Genf bis 1948 beziehungsweise 1953 alle Versuche verworfen, das Stimmrecht einzuführen. Nach der verlorenen Abstimmung «schmilzt» (125) der Widerstand, bis schliesslich in der zweiten eidgenössischen Abstimmung keine relevanten Kräfte mehr gegen das Stimmrecht auftraten. Allerdings musste diese Zustimmung beziehungsweise zunächst einmal diese zweite Abstimmung erkämpft werden, wollte doch der Bundesrat der europäischen Menschenrechtskonvention «mit Vorbehalt» beitreten (137–139). Das löste die erneuten Vorstösse und den Druck der Frauenbewegung mit dem legendären «Marsch nach Bern» 1969 aus (137 f.). Es führte aber auch zum Zusammenstoss der traditionellen Frauenbewegung (136, 203) mit der 1968 gegründeten Frauenbefreiungsbewegung (FBB).

Dem positiven Abstimmungsergebnis von 1971 auf eidgenössischer Ebene folgten bis 1972 die meisten Anpassungen der kantonalen Verfassungen und bis 1983 die Anpassungen auf kommunaler Ebene. Ausgenommen die beiden Appenzell, die das kantonale Stimmrecht noch mehrmals verwarfen. Erst 1989 wurde es in Appenzell Ausserrhoden schliesslich mit knappem, nicht ganz eindeutigem Handmehr (142) an der Landsgemeinde angenommen. Appenzell Innerrhoden wurde 1990 vom Bundesgericht dazu gezwungen, das Stimmrecht einzuführen (148–150).

Nach 1971 (Teil III) ging es mit der Repräsentation der Frauen im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten «zügig» voran (169). Bei den kantonalen Regierungen und beim Bundesrat dauerte ihr Einzug dagegen länger (160). Das Proporzwahlrecht begünstigte offensichtlich die Frauen (161), die traditionell für das Frauenstimmrecht eintretenden linken Parteien legten die Grundlage für die grösseren Erfolgschancen «rotgrüner Frauen» bei den Wahlen (161). Er-

folge in Sachen Gleichstellung gab es – so Seitz – nur durch «organisierten öffentlichen Druck» (238), sei es durch die Frauenstreiks 1991 und 2019 oder durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten: Analyse und Auftrag zugleich!

Bei den Abstimmungen zu den «klassischen Gleichstellungsvorlagen» (Gleiche Rechte für Mann und Frau 1981, Ehe und Erbrecht 1985) zeigt sich eine weitere historische Konstante: Die Mehrheiten in der Romandie und in den Städten waren ausschlaggebend für diesen gesellschaftspolitischen Fortschritt (211). Kantone, die noch 1971 gegen das Frauenstimmrecht votiert hatten, wehrten sich auch weiterhin gegen diese Veränderungen. Es wird auch deutlich, dass diese wichtigen Annahmen ohne die Stimmen der Frauen nicht zustande gekommen wären (212), auch wenn sie die politische Landschaft der Schweiz viel weniger verändert haben, als die einen befürchtet, die anderen erhofft hatten.

Die Monografie von Werner Seitz ist eine genaue und gut lesbare Darstellung der Entwicklung der politischen Gleichstellung von Frauen in der Schweiz zwischen 1900 und 2019. Die Zusammenschau der Geschichte des Stimmrechts mit der politischen Entwicklung nach 1971 stellt neben der konzisen Analyse der historischen Entwicklung einen deutlichen Mehrwert seiner Arbeit dar. Die Publikation enthält zudem ausführliche statistische Darstellungen und Tabellen. Platziert in den einzelnen Kapiteln, erlauben sie, die Entwicklung statistisch nachzuverfolgen, ohne im Anhang blättern zu müssen. Der Tabellenteil im Anhang ermöglicht es zusätzlich, die statistischen Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen nachzuverfolgen (241–269).

Die Unterbrechung des Leseflusses durch die in historischen Veröffentlichungen eher ungewöhnliche Trennung von Literaturnachweisen und weiterführenden An-

merkungen wird durch die ansprechende grafische Darstellung aufgewogen. Zudem lenkt diese Zitierweise das Augenmerk direkt auf die von Seitz konsultierte Literatur und ihre AutorInnen. Hier zeigt Seitz deutlich, wie intensiv sich Historikerinnen mit der Frage der «Verspätung» der Schweiz in Sachen Frauenrechten auseinandergesetzt haben.

Die Zusammenführung der Stimmrechtsfrage mit der Entwicklung der Gleichstellungsfragen nach der Einführung des Frauenstimmrechts ermöglicht es zudem, die Wirkung dieser «Verspätung» bis zur Gegenwart zu analysieren, aber auch ihre Bedeutung für Strategien der Zukunft neu einzuschätzen.

Regina Wecker (Basel)